

Einkommensrunde 2010

## **Auch dritte Verhandlungsrunde gescheitert – Schlichtung angerufen**

**Im Tarifkonflikt von Bund und Kommunen haben Gewerkschaften und Arbeitgeber die Verhandlungen nach der dritten Runde am 11. Februar 2010 in Potsdam für gescheitert erklärt. Das Angebot der Arbeitgeber im Gesamtvolumen von nur 1,5 Prozent bei einer Laufzeit von 24 Monaten halten dbb tarifunion und BDZ für völlig inakzeptabel, da diese Regelung bereits 2011 zu einem Reallohnverlust führen würde.**

Die Verhandlungspartner riefen die Schlichtung an. Das Schlichtungsverfahren soll am 18. Februar 2010 in Hannover beginnen. Als Schlichter sind der frühere Hannoversche Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg (SPD) und der ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) vorgesehen. Schmalstieg kann mit seinem Stimmrecht den Ausschlag geben. Streiks oder Warnstreiks sind während des Verfahrens nicht erlaubt.

BDZ-Chef Klaus H. Leprich sieht das Hauptproblem bei den Kommunen, denen aufgrund einer verfehlten Steuerpolitik des Bundes das Wasser bis zum Hals stehe. Dafür könne man jedoch die Beschäftigten nicht in Haftung nehmen. Leprich äußerte wörtlich: „Gerade die unteren Entgeltgruppen in den Ballungsräumen mit Hochpreisniveau müssen sich die die Frage stellen, ob es noch sinnvoll ist, morgens aufzustehen und zur Arbeit zu gehen.“

Adelheid Tegeler, stellvertretende Bundesvorsitzende des BDZ und Mitglied der Verhandlungskommission der dbb tarifunion, hat nach den erfolgreichen Protestaktionen am 31. Januar in Potsdam und am 9. Februar in Berlin, an denen sich der BDZ beteiligte, steigenden Unmut bei den Beschäftigten wahrgenommen.

„Die Kolleginnen und Kollegen sind nicht nur maßlos enttäuscht, wie wenig Respekt ihnen entgegengebracht wird, wenn der Bundesinnenminister erklärt, nach unten verhandeln zu wollen. Sie sind nach den gescheiterten Verhandlungsrunden ohne ein verhandlungsfähiges Angebot der Arbeitgeber auch wütend. Die Gewerkschaftsforderung beinhaltet keine reine lineare Erhöhung, sondern besteht aus mehreren Sachkomplexen. Beim Thema Eingruppierung spielen Bund und Kommunen seit über vier Jahren auf Zeit. Damit muss jetzt Schluss sein“, so Tegeler.

Berlin, 12. Februar 2010